



Editorial

Eigentlich wollt ich im Jahre 2009 mein Präsidentschaftsamt zur Verfügung stellen. Nach acht Jahren Vorstandsarbeit, davon acht Jahre als Präsident, sollte ein Neuer den Staffelstab übernehmen und die Geschicke unserer Organisation weiterführen. Nach eingehender Diskussion wurde ich gebeten, nochmals für die kommende Legislaturperiode den Vorsitz im Präsidium zu übernehmen. Hiermit möchte ich mich bei den Mitgliedsverbänden für das entgegengebrachte Vertrauen bedanken. Weiterhin stimmte die Jahreshauptversammlung einer Satzungsänderung zu, mit der das Präsidium auf bis zu drei Beisitzer erweitert werden kann. Gemeinsam auf mehreren Schultern getragen sind die Aufgaben leichter zu bewältigen. Der Vorstand wird die Politik der letzten Jahre weiterverfolgen, die Kontakte zur Politik intensivieren, eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit betreiben und die Freiberuflichkeit in den einzelnen Mitgliedsorganisationen verstärkt ins Bewusstsein rufen. Ich hoffe, dass wir enger zusammenarbeiten, um die anstehenden Aufgaben gemeinsam – auch unter den Schwierigkeiten der globalen Wirtschaftskrise – zu bewältigen.

Noch ein Wort zum Gesetzesentwurf der neuen Erbschaftssteuer: Die Freiberufler werden bei der Neuregelung der Erbschaftssteuer komplett ausgeblendet. In den meisten freien Berufen ist es rechtlich nicht möglich, als Erbe eine selbstständige Existenz fortzuführen, da hierzu in der Regel die notwendigen Qualifikationen fehlen. Damit unterliegen die Hinterbliebenen voll der Erbschaftssteuer. Uns ist damit nicht geholfen, dass sich die Freibeträge erhöhen. Schon jetzt erheben Fachleute verfassungsrechtliche Bedenken. Unsere Forderung ist, die Erbschaftssteuer komplett abzuschaffen.

Dipl. Med, Thomas Schmidt
Präsident

Mitgliederversammlung:
2009 Beitragserhöhung für intensivere Öffentlichkeitsarbeit

Zahnarzt Thomas Schmidt zum Präsidenten wiedergewählt

Potsdam. Der langjährige Präsident des Landesverbandes der Freien Berufe Thomas Schmidt ist von der Mitgliederversammlung am 17. November 2008 in Potsdam einstimmig wiedergewählt worden. Diplommediziner Schmidt gehört dem LFB-Vorstand seit 1992 an und ist bereits seit acht Jahren LFB-Präsident. Der in Hohen Neuendorf freiberuflich praktizierende Zahnarzt ist zudem Stellvertretender Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Brandenburg.



Dipl. Med. Thomas Schmidt ist der alte und neue LFB-Präsident

Zuvor hatte der LFB Brandenburg seine Satzung geändert. Nunmehr ist es möglich, neben dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und dem Schatzmeister bis zu drei Beisitzer in die Verbandsführung zu wählen. Bislang bestand der ehrenamtlich arbeitende Vorstand aus nur drei Personen. Mit der Erweiterung werde es möglich, die vielfältiger und umfangreicher gewordenen Aufgaben des Landesverbandes auf mehr Schultern

zu verteilen, hatte Schmidt die Satzungsänderung begründet.

Ebenfalls einstimmig wählte die Mitgliederversammlung sodann Michael Klauß (Apothekerverband Brandenburg), Dr. Dagmar Beier (Tierärztin), Dr. Wolfgang Kloer (Notarbund) und Dr. Hans-Jörg Wilsky (Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg) in den Vorstand. Auf seiner nächsten Sitzung wird dieser den Vizepräsidenten und den Schatzmeister bestimmen.

Der Landesverband der Freien Berufe Brandenburg zählt jetzt 20 Mitgliedsorganisationen. Der Verband repräsentiert über 16.000 Freiberufler.

Thomas Schmidt berichtete der Jahresmitgliederversammlung über die zahlreichen Aktivitäten des Landesverbandes im vergangenen Jahr und zog ein Resümee der Tätigkeit in den zurückliegenden zwei Legislaturperioden. Als Höhepunkte der Verbandarbeit nannte Schmidt dabei den bereits traditionellen parlamentarischen Abend im Brandenburger Landtag und das Gespräch mit dem brandenburgischen Regierungschef. Seit dem Jahr 2000 sei es vor allem gelungen, eine Vielzahl neuer Mitgliedsorganisationen in die Verbandsarbeit einzubeziehen und die Zahl der Mitglieder nahezu zu verdoppeln. „Die letzten 8 Jahre waren durch den Aufbruch unseres Dachverbandes geprägt. Anfänglich waren es nur wenige Mitglieder, die sich verantwortungsbewusst den Aufgaben der Freiberuflichkeit widmeten. Heute sind wir ein



Die Vertreter aller Mitgliedsverbände stimmen für eine Satzungsänderung

lebendiger, aufstrebender und in der brandenburgischen Politik und Gesellschaft anerkannter Verband. Ich bin stolz, einen Verband mit über 16.000 zahlenden Mitgliedern vorzustehen und fühle mich wohl in der Mitte integrierter Vorstände, die Ihr Fachwissen nicht nur Ihren Mitgliedern vermitteln, sondern sich auch mit Herzblut für die Freiberuflichkeit einsetzen. In den Jahren meiner Präsidentschaft sind Probleme, Kritiken und Meinungsverschiedenheiten mit Diplomatie und im Dialog gelöst wurden“, erklärte Präsident Schmidt.

Freiberuflichkeit sei kein selbstverständlicher Grundwert, so der Verbandschef. Die veränderten Wettbewerbsbedingungen in Deutschland und Europa sowie der auch dadurch resultierende Wandel des Berufsbildes erfordere eine zukünftige Stärkung der Freiberuflichkeit, sowohl im Berufsstand selbst, als auch in der breiten Öffentlichkeit. Nur der Freibe-

rufliche sei in seiner Unabhängigkeit in der Lage, ein wirklich vertrauensvolles Verhältnis zu Patienten, Klienten und Mandanten zu gestalten. Dies sei in heutiger Zeit schon eine zunehmende Herausforderung.

„Die freiberufliche Selbstverwaltung über die Kammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts hat sich bewährt“, erklärte Schmidt. Sie dürfe nicht leichtfertig als verstaubtes Relikt eines diktierten Staatsdenkens verunglimpft werden. „Kammern schützen die Freiberuflichkeit ihrer Mitglieder, die sich unter diesem Dach als innovative Individuen solidarisieren können. Kammern bündeln diese kreative Kraft und machen sie für die Gesellschaft nutzbar, Kammern wachen über die eigenverantwortliche Umsetzung, damit ist nicht Bevormundung oder berufsethische Erziehung gemeint, sondern den Erhalt verlässlicher Rahmenbedingungen. Der Staat, der auf Bürgerfreiheiten etwas hält, sollte die

freiberufliche Selbstverwaltung pflegen. Das gilt auch im europäischen Kontext bei der Angleichung der Systeme.“

Die europäische Rechtsprechung stuft Kammern als Unternehmervereinigung ein. Kammern werden sogar von Teilen der europäischen Kommission als kartellwidrig abgestempelt. Dagegen erkennt die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission zunehmend die Notwendigkeit ethischer Anforderungen sowie Qualitätsnormen zum Schutz des Verbrauchers durch die Kammern verstärkt an.

Kammern gewähren über die Honorarordnungen für die Bürger Kostentransparenz. Sie gewähren Qualitätssicherung, fachliche Unabhängigkeit, Rechtssicherheit, flächendeckendes Leistungsangebot und vieles mehr. „Diese Aufgaben kann kein Staat besser erfüllen“, sagte Thomas Schmidt.

Einstimmig entlastete die Mitgliederversammlung den ehrenamtlich tätigen Vorstand vom Haushalt 2007. Die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg hatte einen Bericht über die Durchführung einer Jahresabschlussprüfung für das Kalenderjahr 2007 gegeben und festgestellt, dass im Ergebnis der durchgeführten Prüfung dem Vorstand und der Geschäftsführung eine ordnungsgemäße Verwendung der Mittel bestätigt werden kann.

Die Mitgliederversammlung beschloss die Erhöhung des Beitrages um 0,50 Euro auf nunmehr 2,50 Euro je Mitglied zweckgebunden für die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit des LFB. Der Haushaltsplan 2009 in Höhe von 24.132,50 Euro wurde von der Mitgliederversammlung einstimmig gebilligt.

Der Landesverband wird wie in den vorangegangenen Jahren 2009 einen Parlamentarischen Abend mit den Landtagsabgeordneten organisieren und mit Ministerpräsident Matthias Platzeck zusammentreffen.



Der neu gewählte Vorstand: Dr. Wolfgang Kloer, Michael Klauß Dr. Dagmar Beier, Dipl. Med. Thomas Schmidt und Dr. Hans-Jörg Wilsky (v. l.)

Michael Klauß

Zusammenarbeit im Interesse der Bürger

Potsdam. Ministerpräsident Matthias Platzeck beglückwünschte bei seinem bereits traditionellen Treffen mit den Freiberuflern Brandenburgs den am selben Tag wiedergewählten LFB-Präsidenten Thomas Schmidt. Er wünschte eine weiterhin so gute Zusammenarbeit zwischen den freiberuflich Tätigen und der brandenburgischen Landesregierung. Der Regierungschef erklärte eingangs, im Land gebe es mit 170.000 Arbeitslosen derzeit die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1990. Die Wirtschaftsstrukturen im Land Brandenburg seien zunehmend krisenfest. Dennoch stünden die Auswirkungen der finanzmarktgetriebenen Weltwirtschaftskrise bevor. Platzeck erinnerte an die 18 Milliarden Euro Schulden, die das Land drücken. „Bei solch einer Zahl machen auch wenige Zehntelpunkte bei der Zinszahlung viel aus“ erklärte der Regierungschef. Brandenburg nehme bei der Nutzung erneuerbaren Energien in Deutschland einen Spitzenplatz ein, auch dies treibe die wirtschaftliche Entwicklung voran. Der Ministerpräsident hob hervor, dass man in Brandenburg „auch die Leistungsschrauben bei der Bildung angezogen hat“. So seien Prüfungen für alle Schüler in der 10. Klassenstufe eingeführt worden. Die Freiberufler trügen mit ihrer Tätigkeit entscheidend zum Bruttosozialprodukt des Landes bei, sagte Platzeck. Er würdigte das große Vertrauensverhältnis zwischen Freiberuflern und deren Mandanten und Patienten. Dass es aber durchaus Dissenspunkte und berechtigte Forderungen der Freiberufler an die Landesregierung gibt, machte die folgende intensive eineinhalbstündige Diskussion deutlich.

Die Vorsitzende des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der Beratenden Ingenieure, Renate Kaula, forderte die Landesregierung auf, die Honorarordnung für den Berufsstand zu unterstützen. Die Anpassung der Ordnung aus dem Jahre 1992 sei dringend nötig, sagte Kaula. Außerdem beklagte sie, dass durch den landeseigenen Verband für ländliche Entwicklung wettbewerbswidrig eine Reihe von Aufgaben wahrgenommen würden, die von der freien Wirtschaft erbracht werden müssten.

„Dies nimmt Vermessern, Ingenieuren und Landschaftsarchitekten Arbeit weg, wenn der Verband um die Mehrwertsteuer bereinigte Preise anbietet und damit die freiberufliche Konkurrenz aus dem Rennen schlägt“, kritisierte die Verbandschefin. Der Ministerpräsident antwortete, auch die Landesregierung sei der Auffassung, dass das Regelwerk Honorarordnung erhalten bleibt und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden muss. Durch diese Ordnung würden Qualität, Sicherheit und Verbraucherschutz gewährleistet.

Die Apothekerverbandsvorsitzende Dr. Andrea Lorenz forderte die Landesregierung zu einer klaren Stellungnahme im Bundesrat zum Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln auf. Die Länder Sachsen und Bayern haben eine entsprechende Gesetzesinitiative im Bundesrat eingebracht, um die Arzneimittelsicherheit in Deutschland zu gewährleisten. Außerdem werde mit dem Verbot erreicht, dass Auswüchsen wie dem Einsammeln von Rezepten in Drogeriemärkten Einhalt geboten werde. „Wir wissen derzeit nicht, wie sich die Landesregierung zu diesem Problem stellt“, erklärte Dr. Lorenz. Staatssekretär Winfried Alber aus dem brandenburgischen Gesundheitsministerium erklärte, die Landesregierung könne die Sorge der Apotheker verstehen. Der Europäische Gerichtshof habe 2004 ausgeführt, dass das jeweilige Land den Versand rezeptpflichtiger Arzneimittel verbieten darf, aber nicht muss. Deutsche Versandapotheken unterlägen deutschem Recht und würden kontrolliert. Der Versandhandel nehme zudem nur einen minimalen Anteil ein. Deshalb sei die Meinungsbildung der brandenburgischen Regierung noch nicht abgeschlossen. Die Landesregierung habe die Argumente aufgenommen, sagte Ministerpräsident Platzeck. Er könne die Auffassung der brandenburgischen Apothekerinnen und Apotheker nachvollziehen, Arzneimittel dürften nicht verharmlost und ein Mehrverbrauch müsse verhindert werden. Auch Langzeitfolgen seien zu beachten. „Medikamente und Versandhandel gehen nicht zusammen“, so der Regierungschef.

Ralf Fox vom Physiotherapeutenverband bat die Landesregierung, sich bei den Krankenkassen für die Angleichung der Honorare einzusetzen. Sie liegen noch immer bei 70 bis 80 Prozent des Westniveaus, sagte er. Platzeck sicherte zu, dass das Gesundheitsministerium in den Gesprächen mit den brandenburgischen Krankenkassen auf eine Honorangleichung drängen werde.

Staatssekretär Michael Richter aus dem Wirtschaftsministerium berichtete, dass die Landesregierung den im Zusammenhang mit der europäischen Dienstleistungsrichtlinie zu schaffenden „Einheitlichen Ansprechpartner“ als dem Wirtschaftsministerium nachgeordnete Behörde bilden werde. Den „EA“ können EU-Bürger für die Erledigung aller Behörden- und Genehmigungsprobleme in Anspruch nehmen, wenn sie sich beruflich niederlassen wollen. Neben der Ansiedlung beim Staat wäre auch eine Selbstverwaltungslösung der Wirtschafts- und Fachkammern möglich gewesen. Dieser Weg ist im Land Brandenburg nicht gewählt worden. Richter erklärte, man rechne im Land Brandenburg mit rund 3.000 Fällen im Jahr. Er schlug vor, dass der LFB in dem zu gründenden Beirat mitarbeiten soll.

Der Ministerpräsident wertete das Treffen mit den Repräsentanten der brandenburgischen Freiberufler als nützlich und fruchtbar. Er empfahl den Berufsgruppen, die Kontakte den Fachministerien zu intensivieren. Die gute Tradition in der Zusammenarbeit solle fortgesetzt werden, der Regierungschef lud die LFB-Vertreter für das nächste Gespräch 2009 ein.

Die brandenburgischen Freiberufler beschäftigen im Land Brandenburg rund 30.000 Mitarbeiter. Neben ihrer überragenden Bedeutung als wichtiger Arbeitgeber tragen die freiberuflich tätigen Brandenburger mit einem Bruttoumsatz von rund 2,7 Milliarden Euro (2005) einen großen Teil des Bruttoinlandsproduktes des Landes. Der Landesverband der Freien Berufe Brandenburg vertritt rund 16.000 zahlende Mitglieder aus der Freiberuflichkeit. (mk)

Eine Kammer für Berufe der Finanzberatung?

Am 17. und 18. Oktober trafen sich die Landesverbände der freien Berufe der NBL und Berlin in der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt. Umrahmt von der mittelalterlichen Altstadt Erfurts diskutierten die freien Berufe das politische Zeitgeschehen und dessen Auswirkungen auf die Arbeit der Freiberufler. Neben der aktuellen Finanzkrise standen die Dauerbrenner „einheitliche Ansprechpartner“, Berufsausbildung und Nachwuchsgewinnung und die europäische und deutsche Gesetzgebung im Mittelpunkt der Diskussion.

Zur aktuellen Finanzkrise wurde ein interessanter Vorschlag aus dem Landesverband Berlin diskutiert. Dieser sah vor, dass die Berufe der Finanzberatung in einer Kammer zusammen gefasst werden sollten. Es zeigt sich hier, dass die externe Aufsicht der Berufsausübung in einer Kammer gleichermaßen als unabhängige Instanz den Ausgleich zwischen der gesellschaftlichen Verantwortung und den ökonomischen Interessen der Finanzinstitute herstellen kann. Gleichzeitig gewährleistet das Kammersystem eine größtmögliche Staatsferne.

Auch die Umstrukturierung der Studienlandschaft in Deutschland geht nicht spurlos an den freien Berufen vorbei. Hier sprachen sich die Landesverbände einhellig gegen einen Qualitätsverlust in der Berufsausbildung aus. Neue Strukturen dürfen nicht dazu führen, dass am Ende eine schlechtere Berufsqualifikation steht. Die Durchlässigkeit von Studiengängen sollte dazu führen, dass ein jeder Studierende sich auf einen hohes Niveau

der Ausbildung verlassen kann damit die Ausübung seines Berufes auf dem neusten Stand von Wissenschaft und Technik durchgeführt werden kann, und somit die besondere Verantwortung des Freiberuflers gegenüber seinem Patienten, Mandanten und Klienten gewährleistet bleibt. Insbesondere die thüringische Ingenieurskammer wies darauf hin, dass die geplante Einführung des Begriffes „Bacelor professional“ als Ersatz für den Meisterbegriff in Deutschland zu starken Verwechslungen in der Bevölkerung führen kann. Es ist kaum vorstellbar das ein Mensch, der sich nicht mit dem Sachgebiet der Studiengänge auskennt, unterscheiden kann, was ein „Bacelor“ mit Fachhochschulabschluss und ein „Bacelor professional“ unterscheidet.

Des Weiteren wurde hervorgehoben in welcher hoher Qualität der Ausbildung in Lehrberufen bei Freiberuflern sich befindet. Ein ausgebildeter Steuerfachgehilfe oder eine Anwaltsgehilfin können sicherlich auch eine wertvolle Hilfe in jedem mittelständischem Unternehmen sein. Somit tragen die freien Berufe auch hier ihren Teil zur Beseitigung des Fachkräftemangels in Deutschland bei.

Wie wir auch jüngst aus dem brandenburgischen Wirtschaftsministerium erfuhren, scheinen die Landesregierungen der einzelnen Bundesländer den einheitlichen Ansprechpartner in den jeweiligen Wirtschaftsministerien etablieren zu wollen. Das „Allkammermodell“ scheint damit vom Tisch zu sein obwohl hier jede Landesregierung ihr eigenes Modell und ihre

eigene Struktur aufbaut. Es bleibt abzuwarten, welches Modell sich als das Bessere erweist. Einvernehmen bestand darin, dass die Steuerpolitik der Bundesregierung und der Länder wieder ein Mal zulasten der Freiberufler ausgeführt wird. Insbesondere die Benachteiligung im Erbschaftssteuermodell sei hier beispielhaft erwähnt. Der gemeinsame Appell aller Landesverbände bestand darin, die geplante Absetzungsfähigkeit von Beiträgen zur Krankenversicherung von dem Jahre 2010 auf das Jahr 2009 vorzuziehen.

Ralf Fox

Tag der Freien Berufe 2009

Die Jubiläumsfeier zum 60-jährigen Bestehen des Bundesverbandes der Freien Berufe findet am 4. März 2009 in Berlin statt. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat ihr Kommen zugesagt.

Die Veranstaltung wird nach derzeitiger Planung im Schlüterhof des Deutschen Historischen Museums stattfinden.

Impressum

Offizielles Mitteilungsblatt des LFB e.V.
Herausgeber: Landesverband der Freien Berufe Land Brandenburg e.V.
Chefredaktion: Dipl. med. Thomas Schmidt, Michael Klauß, Ralf Fox
LFB-Geschäftsstelle: Ines Philipp Helene-Lange-Str. 4-5, 14469 Potsdam
Tel.: 0331-2977- 413
Fax: 0331-2977- 171
info@freie-berufe-brandenburg.de
www.freie-berufe-brandenburg.de
Satz/Layout: Agentur Hentschel
Virchowstraße 1a, 14482 Potsdam
Tel: 0173-6069949
E-Mail: cp@agentur-hentschel.de
Druck: Hans Gieselmann GmbH&Co.
KG, A.-Scheunert-Allee 2, 14558 Bergholz-Rehbrücke

Der Vorstand des LFB wünscht allen Mitgliedern und ihren Familien ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und ein gesundes und glückliches neues Jahr.

Thomas Schmidt
Präsident